

BÜCHER

IM SPANNUNGSFELD DES WELTSYSTEMS

Rezension von: Helmut Kramer
(Projektleitung und Redaktion),
gemeinsam mit Francisco Encina,
Harald Glatz, Heinz Gärtner, Otmar
Höll, Hans Kernbauer, Erich
Kitzmüller und Adrian Munoz,
„Österreich im internationalen
System“ (Zusammenfassung der
Ergebnisse und Ausblick).
Forschungsbericht des
Österreichischen Institutes für
Internationale Politik. Wilhelm
Braumüller, Wien 1983, 190 Seiten.

Man kann es so sagen: Österreich ist eingebettet in die Weltwirtschaft, verflochten in ein weltweites Netzwerk, integriert in das internationale System: das klingt eher positiv. Oder auch so: „Österreich ist verstrickt in ein internationales Gesellschaftsmuster, eingespannt in weltweite Abhängigkeiten, eingekeilt in massive Außenzwänge: das klingt eher schreckhaft. Feststehen dürfte, daß der Grad der Integration ständig gestiegen ist, daß sich weltweit wirkende Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesse in unserm Land tendenziell stärker und rascher durchsetzen. Gemeint sind damit nicht bloß Konjunkturschwankungen, Währungserschütterungen, Energieknappheit oder Umweltverwüstung, sondern vielmehr die totale Durchdringung unseres Landes – wie fast aller andern Länder – durch die kapitalistisch-industrielle Zivilisation. Und zwar mit jenen Strukturmerkmalen, von denen die oben genannten

Erscheinungen erst abgeleitet sind. Nämlich Gewinn- und Akkumulationsdrang, Konkurrenzprinzip und Leistungszwang, eindimensionale Wirtschaftsexpansion, Dominanz der Ökonomie über alle andern Lebensäußerungen.

Es gibt kaum einen Staat und kaum einen Gesellschaftsbereich, der sich diesem weltweiten Integrationsprozeß zu entziehen vermag. Ein Prozeß, in welchem die transnationalen Konzerne heute eine Schlüsselrolle spielen. Deutlicher noch als in unsern Breitengraden zeigt sich das in den Bananen- und Kupferrepubliken der sogenannten Dritten Welt, wo die sogenannte Entwicklung mangels irgendeiner Gegensteuerung noch einseitiger und vertrackter abläuft als anderswo. An diesen Umstand – so unsere Autoren – knüpft die in Lateinamerika vorgebrachte Dependencia-Theorie an, derzufolge Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen die ungleichmäßige Entwicklung (der Produktivkräfte, des Wirtschaftswachstums, des Lebensniveaus . . .) zwischen diesen und den ökonomisch rückständigen Ländern noch verschärft, die Kluft zwischen ihnen noch erweitert. Dies läßt allerdings die Frage offen, wieso einige Länder im südostasiatischen Raum den Sprung auf ein hohes technisch-ökonomisches Niveau schaffen konnten. Mit der Konsequenz übrigens, daß diese Newly Industrialized Countries als Konkurrenz- und Druckmittel gegenüber den westlichen Wohlfahrtsstaaten ins Spiel gebracht werden, sich aber ihrerseits eine gewisse Eigenständigkeit erkämpfen und sich aus der Bevormundung durch die transnationalen Konzerne und imperialen Großmächte einigermaßen lösen konnten.

Abhängigkeit und Subalternität sind natürlich nicht bloß ein Problem

für die ökonomisch rückständigen, aus dem Kolonialsystem erst kürzlich befreiten Länder; auch ökonomisch entwickelte Kleinstaaten wie der unsere sind dem Hegemoniestreben auswärtiger (wenngleich hier angesiedelter) Macht- und Kapitalballungen ausgesetzt. Die Multis sind längst unter uns, und gerade in jüngster Zeit ist überdeutlich klar geworden, wie druckempfindlich wir für ihr Investitionsverhalten, ihre Beschäftigungspolitik, ihre Finanzdispositionen sind. Das gilt allerdings auch für weit größere und stärkere Länder wie Frankreich, während anderseits die kleine Schweiz, selbst Stammsitz großer transnationaler Industriekonzerne und Finanzinstitute offenkundig weniger zu befürchten hat.

Österreich verfügt über keine eigenen derartigen Kapitalkonzentrationen, bemüht sich aber umso mehr um die Ansiedlung fremder Multis, weil man sich davon Konjunkturbelebung, Anstöße zu strukturellen Umschichtungen, technologische Impulse, regionale Beschäftigungseffekte, handelsbilanzmäßige Vorteile und dergleichen erhofft oder weil man überhaupt dazu neigt, Big für Beautiful zu halten. Jedenfalls, so die vorliegende Untersuchung, bilden die Multis auch bei uns die Speerspitze einer Entwicklung, die von einer „Koalition der Expansionisten“ aus allen Sozialgruppen und politischen Lagern nach Kräften gefördert wird.

Diese Entwicklung wird nun von einigen Autoren als eine solche der technopathischen Expansion, der gewalttätigen Mittelvermehrung um ihrer selbst willen, der fortschreitenden Selbstzerstörung charakterisiert, auch wenn sie sich in trügerischer (und selbstbetrügerischer) Bescheidenheit als simplen technischen Fortschritt und Hebel für wohltätiges Wirtschaftswachstum versteht und ausgibt. Dem bloßen Auge bietet sie sich allerdings in freundlichem Lichte dar als Konsumgesellschaft, Warenfülle, Auto-Mobilität, Fernreise-Gesell-

schaft; bei näherem Hinsehen zeigen sich jedoch die weniger erfreulichen Kehrseiten: Streß am Arbeitsplatz, Verkehrsinfarkt, Lebensmittelverfälschung, Verhüttelung der stadtnahen Erholungsräume, sterbende Bäume, verendende Natur. Zwar gibt es noch intakte Lebensmuster aus früheren Zeiten, unbeschädigte Reservate, Oasen der Stille... Doch gleichen sich gesellschaftliche Entwicklungs- und persönliche Beziehungsmuster, Hegemoniestrukturen, Lebensrhythmus und Lebensphilosophie der Erfolgs- und sonstigen Generationen fortschreitend an „fortgeschrittene“ Vorbilder an, gleichen sie immer mehr dem, was man auch anderswo, von Holland bis Japan, von Singapore bis Kanada vorfindet. Nicht zuletzt im seelischen Massenbetrieb. (Wie im Roman von Sinclair Lewis: Streßgeplagt und ausgelaugt fährt der Richter auf Urlaub, nimmt sich ein Zimmer in einem entlegenen Nest, freut sich auf das abendliche Geplauder mit den biedereren Gastgebern. Doch anstatt der urwüchsigen, unverfälschten Äußerungen, die er sich erhofft, bekommt er nur die plattesten Radioklischees von gestern zu hören. Es ist alles eingeebnet worden).

Nun geht es aber in dem vorliegenden Band – neben der kritischen Sichtung gängiger oder auch weniger gängiger Begriffe und Theorien – nicht primär um die Feststellung solcher genereller Tendenzen, sondern – Österreich im internationalen System! – um die Identifizierung des Besonderen im Rahmen des Allgemeinen, um die Präzisierung des jeweiligen Standes von Abhängigkeit und Interdependenz, und schließlich um die Herausarbeitung möglicher Gegensteuerungen und Alternativstrategien zu den herrschenden, scheinbar unwiderstehlichen Sach- und Handlungszwängen.

Wo also steht Österreich, wie groß ist sein autonomer Spielraum, wie weit ist es gegängelt und fremdbestimmt? Ist unser Land schon ins Ab-

seits gedrängt und „peripherisiert“ (wie der unschöne Fachausdruck lautet)? Gibt es überhaupt noch Wahl- und Ausweichmöglichkeiten gegenüber dem Druck auswärtiger Kapital- und Großmächte? Muß man nicht sowieso mittanzen und allenfalls schauen, daß man durch wohlgefälliges Benehmen da und dort ein paar Privilegien und Besserstellungen für sich herausholt? Denn zweifellos ist unser Land mit der Zeit in zusehends stärkere Abhängigkeit von äußeren Mächten und Zwängen geraten. Es genügt, auf das rasante Vordringen der transnationalen Konzerne hinzuweisen. Längst haben sie die eigentlichen Kommandohöhen der Industrie (zu denen Stahl- oder Schwermaschinenbau sicher nicht mehr zählen) besetzt, auch jene von Handel und Finanz (Versicherungswesen!). Längst sind auch die sonstigen internationalen Handels- und Kapitalverflechtungen zu stark geworden, als daß man sich ihnen ohne gravierende Schäden entwinden könnte.

Andererseits ist nicht zu leugnen, daß Österreich handfeste Vorteile aus seiner Zugehörigkeit zur Metropole Europa zieht, ja, daß es integraler Bestandteil weltweiter Dominanzstrukturen ist, aus deren Aufrechterhaltung beachtliche Sozialgruppen und Sonderinteressen auch bei uns Gewinn ziehen. Abhängigkeit bringt also auch Nutzen, und Kooperationsbereitschaft (von Sozialpartnern und Staat) wird in gewissem Maße mit wirtschaftlichem und sozialem Wohlergehen (der Konzerne) honoriert.

Das Kräfteverhältnis hat sich allerdings zusehends zuungunsten der Kleinen und Abhängigen verändert. Die fortschreitende Auslagerung der Produktion in Niedriglohnländer, sowie die andauernde weltweite Stagnation und Massenarbeitslosigkeit haben den Konzernen, haben den Mächten des Kapitals generell enorme zusätzliche Druckmöglichkeiten in die Hand gegeben. Was für Chancen haben die Betroffenen überhaupt noch,

sich dagegen zur Wehr zu setzen? Im Prinzip gibt es da zwei Möglichkeiten: Sich anpassen und das Beste aus der gegebenen Situation herausholen, oder aber sich abkoppeln (aussteigen) und es anders machen. (Dies jedenfalls ist meine Lesart der vorliegenden Studie, deren Antwort auf die Frage möglicher Gegen- und Abwehrstrategien auf verschiedenen Ebenen zu liegen scheint; aber vielleicht nehme ich da Trennungen vor, wo keine beabsichtigt waren).

Zunächst also: Kleinstaat wie der unsere – außenhandelsintensiv, kapitalmäßig stark mit dem Ausland verflochten, mit beachtlichen Ressourcen aller Art aber mit nur bescheidenen sofort greifbaren Reserven versehen – sind internationalen Erschütterungen und Krisen aber auch spezifischen Wünschen und Drohungen der zahlreichen viel mächtigeren Partner besonders unmittelbar ausgesetzt. Andererseits, man braucht sie auch; so klein können sie gar nicht sein, daß man sie nicht als Markt, Lieferant, Stützpunkt, Umschlagplatz haben möchte. Und gerade der entwickelte Kleinstaat weist oft eine größere Flexibilität, Improvisationskunst, Überschaubarkeit, soziale – in unserem Fall auch nationale – Kohäsion auf, die ihm eine leichtere Anpassung, Umstellung, Nutzung von Marktlücken und dergleichen ermöglicht. Dazu kommt im Falle Österreichs, daß sein außen- und neutralitätspolitischer Status erlaubt, geschmeidiger zu agieren und allfällige konkurrierende Interessen und Rivalitäten für sich zu nutzen. (Wir haben darin zumindest seit 1945 ausgiebige Erfahrung!).

Generell ist nicht Größe als solche maßgeblich für das Behauptungsvermögen auf der Ebene des „normalen“ internationalen Konkurrenz- und Überlebenskampfes. Was zählt, ist vielmehr das Niveau der technisch-industriellen Entwicklung, der materiellen und geistigen Produktivkräfte sowie – wie unser Autorenkollektiv hervorhebt – Niveau, Vielfalt, Dichte

der wirtschaftlichen, kulturellen, politischen Beziehungsstrukturen; und schließlich – was zu weiterführenden Überlegungen anregt – die Innovationsfähigkeit eines Landes auf den verschiedensten, nicht bloß unmittelbar technisch-materiellen Ebenen.

Energie- und rohstoffsparende Techniken sind offenkundig geeignet, die Abhängigkeit von auswärtigen Lieferquellen zu vermindern. Nicht minder bedeutsam sind jedoch Sozialstrategien wie Verkehrs- und Stadtplanung, Steuer- und Tarifpolitiken und dergleichen, die über längere Zeiträume hinweg weit stärkere Wirkungen erzielen können. Als markantestes Beispiel für eine umfassende Sozialinnovation gilt bei uns die Sozialpartnerschaft. Zweifellos ist dies eine Einrichtung (oder auch ein ganzer Komplex von Verfahren, Vorgehensweisen, Einrichtungen), die der friedlichen Konfliktaustragung und dem friktionsfreien Ablauf der bisherigen sozialökonomischen Entwicklung in hohem Maße dienlich war. Es bleibt aber eine offene Frage, ob die Sozialpartnerschaft und der ihr zugrundeliegende und von ihr geförderte Basiskonsens, der sich ja vorwiegend am quantitativen Wirtschaftswachstum, an einem stetig sich erweiternden Zyklus von Produktion und Konsum, Kapitalakkumulation und Beschäftigung orientiert, geeignet ist, Lösungen zu erbringen, wie sie in einer grundsätzlich neuen Situation der Stagnation oder sogar Schrumpfung erforderlich wären.

Eine Menge Tabus wären da in Frage zu stellen, enorme geistige und materielle Umstellungen unausweichlich. Sind die gängigen Entwicklungs- und Wachstumsmodelle noch immer nachahmenswert? Sind die in den fortgeschrittensten Industrieländern herrschenden Muster von Großproduktion und Massenkonsum überhaupt erstrebenswert? Muß man unbedingt den Anschluß an solche – von manchen als gewalttätig erkannten – Technologien wie Atomenergie, Agro-

chemie, Pharma- und Computermedizin usw. suchen? Rüstungslieferant spielen wollen? Ungehemmt in den internationalen Geld- und Kapitalströmen zirkulieren?

Was wären nun die Alternativen? Sie sind leichter zu illustrieren als zu realisieren: Weniger Materialaufwand, pflegliche Behandlung der natürlichen Hilfsquellen, weniger Energie- und Verkehrsaufwand durch geänderte Siedlungsmuster, „angepaßte“ Technologien in kleineren Produktionseinheiten, stärkere Orientierung auf Reparatur- und Serviceleistungen im Inland und auf leicht handhabbare Geräte für die Entwicklungsländer usw. usf. Sicherlich würden solche Versuche des Ausbrechens aus den jetzigen Verhaltensmustern und Beziehungsstrukturen auf den Widerstand mächtiger Sonderinteressen im In- und Ausland stoßen, und nicht nur der Energie- und Rüstungslobbies. Dies könnte jedoch Anlaß sein zur stärkeren Entwicklung von Gegenstrategien, die im Inland auf breite demokratische Initiative und Kontrolle, über die Landesgrenzen hinaus auf Kooperation mit gleichgesinnten blockfreien Ländern, staatsunabhängigen Gewerkschafts- und Genossenschaftsgruppen und dergleichen bauen. Also auf Partnerschaften, bei denen der Akzent weniger auf Stillhalten und Burgfrieden liegt als auf Bewegung und Solidarität.

Dies und Ähnliches lese ich aus der vorliegenden Untersuchung heraus; möglicherweise gleichzeitig zuviel und zuwenig. (Möge der geneigte Leser sich selber der Mühe der Lektüre unterziehen!) Inzwischen noch eine anstößige Bemerkung: So wie die Dinge jetzt liegen, haben wir es in unserem Land doch eher mit angepaßten Menschen zu tun als mit angepaßter Technologie, mit frischen Ängsten und Neurosen als mit kühnen Ansätzen zu sozialer Innovation, mit bürokratischem Schlendrian als mit demokratischer Initiative, mit Unternehmenspartikularismus als mit übergrei-

fender Solidarität. (Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen). Wenn die vorliegende Untersuchung für mehr persönliche und kollektive Initiative und Handlungsfreudigkeit plädiert – und den großen Spielraum hervorhebt, den unsere demokratischen Institutionen dafür bieten – so ist ja hinreichend angedeutet, welchen beachtlichen Nachholbedarf es da noch gibt. Und wenn die Sinnhaftigkeit eines unbekümmert expansionistischen Ökonomismus und eines diesem nach- und untergeordneten Etatismus zur Diskussion gestellt wird, so als Hinweis auf die akute Gefahr, daß die Produktivkräfte sehr bald in Destruktivkräfte umschlagen könnten.

Große Probleme, complex issues. Vielleicht sollte man daraus eine einzige simple, aber drängende Frage herausklopfen; nicht daß ihre Lösung simpel wäre: Es ist doch immerhin einigermaßen gelungen, den Energieverbrauch von Wirtschaftswachstum abzukoppeln; wäre es denkbar, eine annähernde Vollbeschäftigung selbst dann zu behaupten, wenn die Wirtschaft kein quantitatives Wachstum mehr aufweist? (Stagnieren darf sie nicht, das hieße ja Mangel an Beweglichkeit, Umstellungsvermögen, Innovation). Dabei wird man sich gewiß nicht auf das Kräftespiel des Marktes allein verlassen dürfen, auch nicht auf die Feuerwehrdienste des staatlichen Interventionismus oder gar auf eine zentralistische Bewirtschaftung, wenngleich es mancher Elemente der Planung sehr wohl bedürfen würde. Ebenso aber der Ergänzung durch einen ansehnlichen und wachsenden Sektor selbstverwaltender Aktivitäten, die auf die Befriedigung wichtiger, von Staat und Markt gleichermaßen vernachlässigter Bedürfnisse abzielen und gleichzeitig Beschäftigung und Einkommen bringen. Dergleichen gibt es in Süd- und Westeuropa schon eine ganze Menge, neuerdings auch in den USA. Bei uns allerdings erst ganz bescheidene Ansätze.

Zweifelloos gibt es da ein breites Feld unausgeschöpfter Möglichkeiten. Selbst im günstigsten Fall einer raschen und erfolgreichen Inangriffnahme stellen sich jedoch inzwischen drängende Strukturprobleme. Für verlorengegangene Auslandsmärkte muß Ersatz gefunden werden. Von der Auslandskonkurrenz bedrohte Binnenmärkte müssen abgeschirmt werden, bevor auch sie verlorengehen. Protektionistische Maßnahmen wie Importkontingentierung u. dgl. können hier einen Zeitgewinn und momentane Erleichterung für den letzteren Fall bieten, lassen jedoch Retorsionen befürchten. Internationale konzentrierte Aktionen zur Konjunkturankurbelung sind, wie sich immer wieder zeigt, kaum zustandezubringen, aber selbst für den Fall, daß es dazu käme, würden wir vermutlich auf unserm Stahl usw. sitzenbleiben. Selbst eine behutsame Loslösung von der jetzigen extremen Auslandsverflechtung und Auslandsabhängigkeit, eine stärkere Hinwendung zu den Bedürfnissen und Gegebenheiten des Binnenmarktes, wie unsere Autoren sie zur Diskussion stellen, wäre nicht ohne größere Reibungsverluste zu bewerkstelligen. Demgegenüber kann man wohl geltend machen, daß die realen Einkommen- und Wohlstandsverluste, die aus einer Einschränkung der internationalen Arbeitsteilung resultieren, von einem bestimmten Punkt an geringer sind als die Einkommen- und Wohlstandsverluste aus krasser Unterbeschäftigung, die aus der Einwirkung übermächtiger Auslandskonkurrenz resultieren. Besser weniger Arbeitsteilung und mehr Arbeit! Vorausgesetzt, man steht es durch . . . Die wiederholten Hinweise auf Kooperationsmöglichkeiten mit ähnlich situierten und ähnlich denkenden Ländern zeigen, daß die Autoren sich der Problematik ebenso wie der Chancen ihres alternativen Ansatzes wohl bewußt sind.

Theodor Prager